

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 10, Halbesohnstraße 40

Preis pro Nummer 1.40 M., im Voraus 1.30 M., Familienangehörige 1.20 M., Postfachkonto: Leipzig Nr. 1477

Sächsische Volkszeitung

Wegzugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. 10.20 M., Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M., Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Minutagen von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsstelle 1.40 M., im Voraus 1.30 M., Familienanzeigen 1.20 M. — Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Zum katholischen Schulstreit in Plauen i. V.

Wir stehen im Kampfe um die Erhaltung unserer katholischen Schulen, wir stehen dabei auf der Reichsverfassung. Die einschlägigen Artikel sind in Kürze folgende: Artikel 109 beginnt über Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen mit dem Satz: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“ Viele Katholiken glauben noch gar nicht, daß uns die neue Zeit auch Rechte und Freiheiten gebracht hat. Wir dürfen nach diesem Satze doch zum wenigsten das fordern, was wir bisher besessen haben: Das sind unsere katholischen Schulen.

Der nächste wichtige Artikel ist 120: „Die Erziehung des Nachwuchses zur Leiblichen, geistlichen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern“ — also Pflicht und Recht der Eltern zugleich, nicht irgendeiner dritten Person, also auch nicht Recht des Staates oder der Lehrer, sondern der Eltern. Das war christlichen Eltern zwar schon immer klar, wird ihnen hier aber ausdrücklich als Recht an die Hand gegeben. Auf Leiblicher, geistlicher und gesellschaftlicher Tüchtigkeit jedes einzelnen beruht das Wohl des Staates.

In engster Verbindung mit dieser Forderung steht Artikel 122: „Die Jugend ist gegen . . . stitliche, geistliche oder körperliche Verwahrlosung zu schützen.“ Wir erkliden in der weltlichen Schule mit ihrem Moralunterricht eine Gefährdung der Zukunft unseres Volkes. Und da nach Artikel 135 alle Bewohner des Reiches auch volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießen, so widersprechen wir uns mit vollem Recht der zwingenden Einführung der religionslosen Einheitschule.

Außerordentlich wichtig erscheint uns ferner Artikel 136: „Die Bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.“ Also kann und katholischen Eltern auch nicht das Recht auf die Erziehung unserer Kinder in unserer katholischen Weltanschauung verweigert oder geschmälert werden. Unsere Zugehörigkeit zum katholischen Glauben beschränkt unsere Rechte durchaus nicht. Darum fordern wir auch unter Hinweis auf diesen Artikel Freiheit in der Erziehung unserer Kinder: katholische Schulen. Rückgegeben haben wir diesen Willen schon zur Genüge immer in ruhiger, wenn auch immer dringender Weise. Allein man hat unsere Schlichtheit schamlos mißverstanden.

Am deutlichsten wird unser Recht auf katholische Bekennerschulen in Artikel 146,2 ausgesprochen, wo es heißt: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“ Die katholischen Eltern Plaueus haben ihren Willen dahin ausgesprochen, daß sie ihre katholischen Schulen hier behalten wollen. Allein gewisse Kreise wollen was gerade Hinrichtungen und unterwerfen. Wollt ihr, katholische Eltern, die Seelen eurer Kinder euch entfremden, entziehen, entchristlichen lassen? Es gibt nur einen Weg und eine Wahrheit und die kennen wir: Jesus Christus, der göttliche Kinderfreund. Seid euch eurer Verantwortung bewußt!

Laßt euch nicht weismachen, daß in Zukunft die katholischen Bekennerschulen Sondersteuern von euch verlangen; es ist nur blinder Eifer. Die Verfassung sagt nämlich in Artikel 146: . . . Der Unterricht . . . in den Volksschulen ist unentgeltlich.“ Das scheint manchem Vater schier ungläublich, aber es ist wahr.

Auf dem Wege, der euch hier gezeigt worden ist, sollen eure Kinder sich „stetliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des brennenden Volkstums und der Weltverbesserung erwerben“. So fordert es Artikel 148.

Alles in allem: der Geist der christlichen Bekennerschule ist es, der unserem Volke eine geistige Wiedergeburt, eine stitliche Erneuerung zu schaffen fähig ist. Darum trägt jetzt euren Will dazu bei, indem ihr auf Grund dieses wahrhaft vaterländischen Bedankens die Erhaltung der katholischen Schulen in Plauen fordert.

Ganz unberechtigt — schon aus pädagogischen Gründen, die wir ja auch zu schätzen wissen — ist die Ausschulung katholischer Kinder und Klassen mitten im Schuljahre. Das will auch die Reichsverfassung verurteilen, indem sie im Artikel 174 sagt: „Was zum Erlaß eines Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage.“ Und diese ist in Plauen das Vorhandensein unserer zwei katholischen Bekennerschulen. Die katholische Schulkommision.

Plauen, 7. September. Der Schulstreit dauert an; am Montag den 8. September hat derselbe wenigstens in der 1. kathol. Bürgerchule sich noch verschärft. 89 Prozent der Kinder besuchen die Schule nicht. An den Elternrat hier ist folgendes Schreiben, datiert Leipzig den 6. September, gelangt:

„Die am 4. September mit der Vereinigung katholischer Lehrer versammelten Elternräte der vier katholischen Schulen Leipzigs sprechen den um ihre heiligsten Elternrechte kämpfenden Vätern und Müttern Plaueus ihre vollste Sympathie aus, danken ihnen für ihr energisches Vorgehen und bitten um neues Aushalten in dem ausgezwungenen schweren Kampfe bis zur Erreichung der verfassungsmäßigen Rechte. Vom sächsischen Kultusminister fordern wir mit Ihnen die sofortige Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes.“

Der Hauptkernrat der kath. Gemeinden Leipzigs, des. Degenhardt.“

Katholiken, unterstützt die Glaubensgenossen in Plauen im Kampfe um ihre Schule durch Geldmittel, die „das katholische Pfarramt Plauen i. V.“ entgegennimmt.

Die Kommunisten-Kontrolle bei den Eisenbahnen

Ein politischer Mitarbeiter schreibt uns zu dem Konflikt, der zwischen dem Reichsverkehrsminister und einem Teile der Eisenbahnbediensteten in Sachen der Transportkontrolle entstanden ist, folgendes:

Das unerhöhte eigenmächtige Vorgehen von unabhängigen und kommunistischen Exzessiv-Eisenbahnarbeitern, welche einen Munitionswagen der Entente aus einem geschlossenen Zuge ausdrängten und den Inhalt des Wagens auf freiem Felde vernichteten, hat uns die Oskafren gelehrt, in welche wir notwendigerweise durch solche „Rebellenregierung“ nach innen und außen kommen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat, unbedünnt um die Drohungen, mit fester Hand sofort zugeworfen und die unverzügliche Entlassung der beteiligten Eisenbahnarbeiter und ihre strafrechtliche Verfolgung angeordnet. Man darf sich nicht, daß von radikaler Seite dieser Vorgang nun zu einer erneuten Propaganda für den Generalstreik ausgenutzt werden wird. Selbst die Rechtssozialisten rechnen schon damit, sie suchen auch schon vorzubereiten, wenngleich sie es an Seitenhieben gegen den Reichsverkehrsminister und seine Anordnungen auch nicht fehlen lassen.

Der Vorgang selbst bedarf der allerersten Aufmerksamkeit aller Volksteile und nicht zuletzt der Arbeiter selber. Auch der überwiegende Teil der Eisenbahnarbeiter begrüßt es, daß nun endlich einmal Front gemacht werden soll gegen einen brutalen Terrorismus, dem sie selbst allgemach zum Opfer zu fallen drohten. Es geht in der Tat keine Minute mehr länger an wie von Seiten radikaler Elemente alle Maßnahmen der Regierung durch eine sogenannte „Kontrolle“ lahmgelegt und in ihrer Wirkung ausgefaltet werden. Es sind hier radikale und vor allem kommunistische Treiber in Gange, denen, wie schon so oft, die Unabhängigen durch ihr ganzes Verhalten noch Vorschub leisten. Von diesen Stellen aus wird auf zweierlei hingearbeitet: einmal, der deutschen Regierung demnach Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie den Kampf dagegen aufhört und die Ordnungselemente schulplos preisgibt, und zum zweiten richtet sich das Streben dieser Kreise darauf, ganz bewußt einen Konfliktfall mit der Entente zu schaffen, um Deutschland an die Seite Sowjetrußlands zum Kampfe gegen Frankreich zu drängen.

So empörend und erschütternd zugleich diese Freistellung klingt, sie entspricht leider den Tatsachen. Der Exzessiv-Fall ist ein ganz bewußter Schritt, um einen solchen Konflikt herbeizuführen. Es handelt sich hier um das unverantwortliche, hochverräterische Treiben kommunistischer Agitatoren, von denen einer dieser Tage in Exzessiv erklärte, „man müsse mit allen Mitteln zu einem Krieg mit der Entente treiben“. Diese lauberen Elemente wissen ganz gut, daß wir auf Grund des Friedensvertrages, der ein Recht der Entente auf Verbesserung gewisser Transporte nach Oberschlesien festlegt, verpflichtet sind, solche Transporte durch deutsches Gebiet unangefochten zu lassen. Diese Züge werden konfliktlich gemacht und das war auch unbestritten im vorliegenden Falle geschehen. Aus einer Störung solcher Transporte oder gar aus der Vernichtung ihres Inhaltes kann die Entente das Recht zu allerhöchsten und das ganze Volk in herbe Mißleidenschaft ziehende Forderungen herleiten. Aber gerade darauf spielen ja die deutschen Kommunisten die Dinge zu. Daß es den bolschewistischen Arbeitern und damit dem Sowjetrußland militärisch in letzter Zeit sehr schadet ergangen ist, hat sie mit Angst und Panik erfüllt. Sie glauben nun alles daran setzen zu müssen, um Deutschland kämpfend an die Seite Sowjetrußlands dadurch zu treiben.

daß der Entente gegenüber ein kriegerischer Konflikt provoziert wird. Das ganze Volk soll und muß es wissen, was hier auf dem Spiele steht!

Man wird es dem Reichsverkehrsminister und der Reichsregierung nur danken können, daß sie mit der allergrößten Schärfe gegen solche Vorgänge sich auflehnen. Es ist ein unerträglich Zustand, daß die Entente, wie sich aus mancherlei Vorkommen der jüngsten Zeit mit Schrecken erkennen läßt, dahin getrieben werden soll, die Regierung und ihre Maßnahmen durch besondere, außerhalb der Verantwortlichkeit stehende „Kontroll“-Anstalten überwachet werden sollen, die sich sogar noch das Recht anmaßen, in solche Regierungsverfügungen selbst-einzugreifen, ja sogar in brutale Eigenmächtigkeit zu handeln. Das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß der allem das deutsche Eisenbahn- und Verkehrsweien, die Schlagader der deutschen Volkswirtschaft, aus dem Kreise solcher Treiberkreise herausgehalten wird. Die Regierung darf sich nun nicht einschüchtern lassen durch eine bestimmt zu erwartende Generalstreikpropaganda, wie durch andere Maßnahmen. Sie muß festbleiben und sie wird dabei die Unterstützung aller besonnenen, Ruhe und Ordnung liebenden Elemente im Volke, nicht zuletzt der des Terrorismus müden Arbeiterschaft und hier zumal des weitans größeren Teiles der Eisenbahnarbeiter selber finden. Nur dann wird es gelingen, der drohenden bolschewistischen Verkehrsblockade zu entgegen, die uns allmählich in ein brutales Elend drücken würde.

Die Vereinigung der 26 deutschen Bauernvereine

erläßt an ihre Mitglieder folgenden Kursum: 1. Die deutschen Bauernvereine bitten die deutschen Bauernvereinsmitglieder, die im Vertriebe entbehrlichen Kartoffeln zu einem angemessenen Preise an die Konsumenten abzugeben, damit auch die minderbemittelte Bevölkerung in der Lage ist, sich ausreichend mit Kartoffeln einzudecken und die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die in jedem Falle gewisse Nebengangserschwerigkeiten bieten wird, nicht zu einer Verunreinigung der Bevölkerung führt. 2. Für die Bereicherung des Vertragswesens im Sinne der neuen Reichssteuergeetze müssen die Veranlagungen zum Vertragswesens und die in normalen Zeiten gesuchten Wachspreise als Grundlage dienen. Im übrigen ist es erwünscht, daß die normalen Wachspreise in den einzelnen Kreisen von den Finanzämtern auf diesen Grundlagen nach Anhörung und in Verbindung mit den Landwirtschaftskammern benannten Vertretern der Landwirtschaft festgelegt werden. 3. Im Interesse unserer Volksernährung ist es nicht angängig, daß in Preußen ein Landwirtschaftsminister, dem die Bauernvereine allgemach als einen Gegner ihres Berufsstandes ansehen, länger im Amte verbleibt. 4. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung bzw. der Erhaltung der landwirtschaftlichen Produkte soll in den nächsten Monaten für alle landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide und Milch abgeändert werden. Dieser große Erfolg ist zu einem guten Teile auf die Tätigkeit der deutschen Bauernvereine zurückzuführen. Durch die Erfüllung der Forderung der deutschen Bauernvereine auf Schaffung eines besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und Wegzug dieses Ministeriums mit einem Fachminister, der dem Bauernverein nahesteht, würde die Grundlage für diesen Abbau geschaffen. Allein schon aus diesem Grunde haben die Bauernvereinsmitglieder alle Veranlassung, den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei dem Abbau der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln nach besten Kräften zu unterstützen. Selbstverständlich wird dieser Abbau nicht ohne Nebengangserschwerigkeiten vor sich gehen. Aufgabe der Landwirtschaft muß es sein, diese Nebengangserschwerigkeiten nach Möglichkeit auszugleichen, indem sie möglichst viele Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt bringt. Nach dem Beschlusse des Deutschen Reichstages soll die Zwangswirtschaft bis zum 1. Oktober zwei Millionen Tonnen Brotgetreide in der Hand der Regierung sein. Durch Schaffung einer Ablieferungsämter (Kartoffelablieferung), die bis zum 15. September 150 Markt betragt, ist die frühezeitige Ablieferung für den Landwirt auch finanziell von Nutzen. Aber auch im Interesse unserer gesamten Volksernährung, sowie zur Erreichung des Abbaues der Zwangswirtschaft ist erforderlich, daß trotz aller betriebstechnischen Schwierigkeiten die Landwirte alle Kräfte aufwenden, um möglichst schnell große Getreidemengen abzuliefern. Das ist auch unbedingt notwendig um die Wertschöpfungen an Rohle, zu der wir nach dem Span-Abkommen verpflichtet sind, leisten zu können. Die Bauernvereine bedürfen dafür einer besseren Vorbereitung. Die verhängnisvollen Folgen einer Nichterfüllung des Vertrages müssen unter allen Umständen vermieden werden. Arbeiter und Landwirte müssen hier in der Woche gegen die Entente und für die Rettung des Mutterlandes zusammenstehen. Mögen alle unsere Vereinsmitglieder dafür sorgen, daß sie am 1. Oktober das volle Vertrauen haben: Ich habe meine Pflicht im Interesse des Vaterlandes und der Landwirtschaft erfüllt! 5. Die in Frankfurt versammelten Vertreter der 26 Bauernvereine Deutschlands bitten den Herrn Reichsfinanzminister, den Termin für die Abgabe der Steuererklärungen zum Reichssteuerjahr bis zum 1. Dezember zu verlängern. Da die Richtlinien bis jetzt noch nicht veröffentlicht sind, ist es unmöglich, die bisherige Frist (1. Oktober) einzuhalten, zumal ja auch im Gesetz eine vierwöchentliche Frist nach Bekanntgabe aller Bestimmungen für die Abgabe der Erklärungen vorgesehen ist.

Ratholiten Sachsens! Rüstet zum Zweiten Sächsischen Ratholitentage am 24. bis 26. September 1920 in Leipzig